

Anrede

- ich **bedanke mich** herzlich für Ihre Einladung und über die Möglichkeit, hier unsere **Erfahrungen mit der kommunalen Daseinsvorsorge in Wien und Europa** darstellen zu können.
- Wie Sie wissen, waren die vergangenen Jahre und Jahrzehnte eine **schwierige Zeit für die kommunalen Dienstleistungen** in Europa – schwierig deshalb, weil man lange Zeit dachte, alle Probleme – auch die nicht vorhandenen – mit dem Diktat von Wettbewerb lösen zu können. **Wien hat sich diesem Druck nicht gebeugt.**

Folie 1: Die Privatisierung kommunaler Aufgaben ist gescheitert

- Über dreißig Jahre lang haben **konservative und neoliberale Vorstellungen der Überlegenheit der Märkte** die Debatte in Europa dominiert. Der Staat wurde generell als **unfähig dargestellt, Probleme zu lösen**. Gleichzeitig sollten **profitable Bereiche der Daseinsvorsorge** an Private übertragen werden. Das Motto vieler Konservativer war es, **den Staat auszuhungern** („Starving the beast“) – zu Lasten der Menschen. Auch die **Europäische Kommission** hat in den 1990er und in den 2000er Jahren den **Druck Richtung Privatisierungen** verstärkt, in der derzeitigen Wirtschaftskrise gehören Privatisierungen zu den Auflagen für die Krisenländer. Nicht zuletzt die **Fiskalregeln der Europäischen Union** üben Druck auf die öffentlichen Gebietskörperschaften aus, die Daseinsvorsorge mehr den Privaten zu überlassen. Dies ist **pure Ideologie, die mit ökonomischer Ratio nichts zu tun hat**.
- Gleich, ob **Energie, Abfall, Wasser, Post oder der öffentliche Transport** – wo immer die öffentliche Hand aktiv zur **Lebensqualität der Menschen** und zum Funktionieren der Wirtschaft beiträgt, setzten die Konservativen die Forderung nach Wettbewerb an. Und so wurden öffentliche Aufgaben nun als Geschäftsfelder für Unternehmen betrachtet und allzu oft schnelles Geld mit der Aufgaben- und Infrastrukturübertragung an Privatunternehmen gemacht.
- Von dieser Entwicklung, die teilweise auch durch damals neue Technologien angetrieben war, waren nicht nur die Städte und Gemeinden, sondern auch die zentralstaatliche Ebene betroffen. Dabei erinnere ich mich gerne, wie wir in den 1990er Jahren erstmals mit völlig neuen Mobiltelefonen kommunizieren konnten, aber auch, wie es ab dem Anfang der 2000er Jahre für Solar- und Windstromanbieter möglich wurde auch ihren Strom über die öffentlichen Stromnetze verkaufen zu können.
- **In ganz Europa wurde privatisiert**. Prominent in Erinnerung ist uns der Verkauf der **Wasserversorgung in London**, der **Verkauf der Wasserversorgung in Paris an Veolia** aber auch die **Ausschreibung des öffentlichen Personennahverkehrs in Stockholm**,

wo trotz Privatisierung noch mehr als 750 Personen nur mit der Vertragsverwaltung beschäftigt sind.

- Wir wissen auch, dass **in Deutschland bei den Wasserversorgungen** von fast der Hälfte der 6.000 Gemeinden Private Unternehmen beteiligt sind.

Folie 2: Rekommunalisierungen vor allem in Deutschland und Frankreich

- Wie zu erwarten waren und sind die **Leistungen von den beauftragten oder in Konzession genommenen privaten Unternehmen oft mangelhaft**, und so ist es wenig verwunderlich, dass es Mitte der 2000er Jahre zu den ersten **Rückführungen der Daseinsvorsorgeleistungen in kommunale Obhut** kam. Die ersten Re-Kommunalisierungen fanden in Deutschland und Frankreich statt, und hier waren hauptsächlich die Bereiche Abfallwirtschaft, Wasserversorgung und Strom betroffen.
- Konkret wurde die **Energieversorgung in Berlin** und anderen wichtigen deutschen Städten wieder in die Hand der Kommunalverwaltung gelegt, und in den großen Hauptstädten – **Paris, Berlin und Budapest** – mussten die Gemeindeverwaltungen für die privaten Unternehmen einspringen.
- Was wir dabei gelernt haben: so **eine Rekommunalisierung ist alles andere als einfach**. Denn ist das Wissen um die operative Durchführung der Versorgungsleistung einmal verloren gegangen, so braucht es eine Menge Ressourcen, um das wieder selbst machen zu können. Zudem ist es für die öffentliche Hand besonders in unseren Zeiten schwierig, **Mittel für den Rückkauf** der oft schlecht instandgehaltenen physischen Infrastruktur freizumachen. Wenn wir also von Rekommunalisierung sprechen, müssen wir uns immer genau ansehen, ob es den Gemeinden auch gelungen ist, wieder **Eigentum über das betroffenen Infrastrukturnetz zu erlangen** – denn nur so lässt sich eine gute Qualität der Netze sicherstellen. Die Erfahrung hat uns leider gezeigt, dass Private, die einen Vertrag über 5 oder 10 Jahre haben, bei weitem nicht ausreichend in die Netze investieren.
- Es scheint auch heute noch so, dass die EU-Gesetzgebung den **scheinbar freien Wettbewerb in ihrer Wertigkeit vor die Qualität der kommunalen Aufgaben reiht**. Das ist teilweise entschärft worden – und es ist ja die **Wasserversorgung aus der Konzessionsrichtlinie herausgenommen** worden – aber es hat, und wird hier weiterhin klare Signale der Bürgerinnen und Bürger aber auch der Politik brauchen, um den für die Lebensqualität so wichtigen Daseinsvorsorgeleistungen den nötigen Spielraum einzuräumen.
- Man kann heute trotz der zahlreichen Beispiele **nicht von einem allgemeinen Trend zur Rekommunalisierung in Europa** sprechen – es gibt auch weiterhin Privatisierungen, das ist bei dem europäischen Wettbewerbsrecht und den doch oft angespannten finanziellen Lagen der Gemeinden auch nicht verwunderlich.
- Trotzdem: Die **Zahl der Privatisierungen nimmt deutlich ab**, und es gibt eine klare Gegenbewegung, denn auch die Bürgerinnen und Bürger in den europäischen

Ländern wissen heute, dass eine gute Versorgung bei Weitem wichtiger ist als schnelle Gewinne.

Folie 3: Wien hat die Qualität der Daseinsvorsorgeleistungen gesichert

- **Wien hat nicht Privatisiert**, und ist damit **sehr gut gefahren**.
- Das sehen auch die Bürgerinnen und Bürger so. In einer **Volksbefragung** aus dem Jahr 2013 sprach sich die **deutliche Mehrheit gegen Privatisierungen** aus. Auf die Frage: „Die kommunalen Betriebe bieten der Wiener Bevölkerung wichtige Dienstleistungen. Zum Beispiel Wasser, Kanal, Müllabfuhr, Energie, Spitäler, Gemeindewohnbauten und öffentliche Verkehrsmittel. Sind Sie dafür, dass diese Betriebe vor einer Privatisierung geschützt werden?“ stimmten **86,96 Prozent für „Ja“** und lediglich 13,04 Prozent für „Nein“.
- Wien hat die **Abfallwirtschaft** im der Hand der Magistratsabteilung 48, die in Wien liebevoll „die 48er“ genannt wird. Diese 48er hält Wien sauber, stößt bei den Wienerinnen und Wienern auf ausgezeichnete Resonanz, und die Sauberkeit der Stadt kann sich wirklich sehen lassen.
- In der **Wasserversorgung** haben die Wienerinnen und Wiener mit ihren Hochquellenleitungen eine ganz besondere Stellung, da praktisch ganz Wien über zwei Leitungen von Quellen versorgt wird, die im etwa 100 Kilometer entfernt gelegenen Gebirge entspringen. Die Qualität der Wasserversorgung ist in Wien einmalig, bedarf aber auch einer entsprechenden Pflege und Instandhaltung. Nur die Stadtverwaltung selbst, **deren primäres Interesse nicht das Geschaftemachen sondern die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger ist, kann so etwas**.
- Die Stadt Wien kumert sich aber auch das **Abwassermanagement**, den Personennahverkehr sowie um die Gas- und Elektrizitätsverteilung. Alles das macht die Stadt selbst oder mit eigenen Unternehmungen, die zur Gänze in ihrem Eigentum stehen.
- Eine weitere Besonderheit in Wien sind die Wiener **Gemeindewohnungen**. Bereits im „**Roten Wien**“ zwischen den beiden Weltkriegen wurden in Wien rund 65.000 Wohnungen errichtet, mit dem Ziel den damaligen Arbeiterinnen und Arbeitern leistbare und gesunde Lebensbedingungen zu ermöglichen. Auch nach dem zweiten Weltkrieg wurde diese Wohnbaupolitik fortgesetzt, und heute ist Wien in der glücklichen Lage, dass in **220.000 Gemeindewohnungen rund 500.000 Wienerinnen und Wiener wohnen können**, das ist mehr als ein Viertel der Wiener Bevölkerung.
- Die Gemeindewohnungen kommen dabei nicht nur jenen Menschen zugute, die selbst darin wohnen, sondern diese Wohnungen haben einen überaus wichtigen Einfluss auf den gesamten Wohnungsmarkt in Wien, denn durch diesen hohen Anteil an kommunalen Wohnungen im Eigentum der Stadt können die **Wohnungspreise für alle Wienerinnen und Wiener leistbar** gehalten werden, und das ist gerade in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise sichtbar geworden, weil Wien von den großen Immobilienblasen weitgehend verschont geblieben ist.

- Meine Damen und Herren, **Wien ist ein bisschen stolz** – und darf stolz sein – auf seine Daseinsvorsorgeleistungen, und wir bekommen immer wieder gute Noten in Rankings und Studien ausgestellt, besonders was Daseinsvorsorge und Lebensqualität betrifft. In der **Lebensqualitätsstudie von Mercer wird uns liegen wir nun schon seit mehreren Jahren auf Platz 1**, und das ist nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass sich die Wiener Stadtverwaltung selbst mit vollem Eifer für ihre Bürgerinnen und Bürger um die kommunalen Versorgungsleistungen selbst kümmert.

Folie 4: Wettbewerb findet nicht statt – Privatisierung führt nicht zu Effizienz

- Vieles von dem, was wir immer gesagt haben, hat sich bewahrheitet. Die Logik der europäischen Privatisierungspolitik war zu einfach. Man hat angenommen, dass **alles billiger wird, wenn Wettbewerb auch in jenen Bereichen eingeführt wird, in denen eigentlich das Interesse einer bestmöglichen und qualitativ hochwertigen Versorgung im Vordergrund stehen sollte**. Natürlich war es auch sehr verlockend, die kommunalen Finanzmittel zu entlasten, indem hier privates Kapital an Board geholt wurde. Doch – und man kann nicht sagen, dass davor nicht gewarnt worden ist – es ist dann anders gekommen, als sich die Theorie das vorgestellt hat.
- Zunächst war die **Zahl der Bieter bei Ausschreibungsverfahren** oft gering – schon von Beginn an hat also Wettbewerb – wenn überhaupt – nur sehr gehemmt stattgefunden. Das ist deshalb nicht verwunderlich, weil ja kommunale Aufgaben alles andere als trivial sind. Sie können nicht einfach ein hoch komplexes Netz mit lokalen Topografien, eng verbunden mit anderen Netzen und verknüpft mit hohen **qualitativen Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger** einem Unternehmen übergeben – diese Vorstellung ist zu einfach, denn jede Stadt ist für sich zu einzigartig.
- Wenn dann ein Unternehmen einmal einen Bereich übernommen hat, und die Leistung stimmt nicht, und auch nach zähen Verhandlungen gibt es keine Besserung, dann wird es schwierig und richtig teuer, sich von dem Unternehmen wieder zu trennen. Ökonomen haben dafür einen Ausdruck, den „**Lock-in-Effekt**“ und sie haben uns schon früh vor diesem Problem gewarnt.
- In der Wasserversorgung, beim Personennahverkehr und in der Elektrizitätsversorgung sehen wir, dass es nach Privatisierungen immer wieder weniger Bewerber gibt, dass die Leistungen oft bei weitem nicht ausreichend sind, und dass der wirtschaftliche **Kern der Versorgungsleistungen – nämlich die Netze – oft sträflich vernachlässigt werden**.
- Uns sind hier zahlreiche Beispiele bekannt, und wir wissen zum Beispiel aus London dass es hier über die Jahre zu eklatant **steigenden Wasserpreisen** gekommen ist, obwohl der Wasserdruck zu gering ist und **oft auch ärmere Bürgerinnen und Bürger sogar von der Wasserversorgung fast gänzlich ausgeschlossen** wurden.
- Ich will nicht sagen, dass die Privatwirtschaft nicht auch für die Daseinsvorsorge wichtig ist – im Gegenteil. Private Unternehmen sind sogar sehr wichtig, damit

Gemeinden ihre Kernaufgaben selbst gut erledigen können: **Wir brauchen Privatunternehmen als Know-How-Träger, als innovative Impulsgeber und als Lieferanten hochwertiger technischer Komponenten.** In dieser Rolle – in einer guten Arbeitsteilung zwischen der öffentlichen Hand und den Unternehmen, genau darin liegt ein Schlüssel für ausgezeichnete kommunale Daseinsvorsorgeleistungen.

- Die Privatisierungspolitik hat allzuoft das **Profitstreben** der Privaten unterschätzt. **Gewinne wurden privatisiert – Verluste aber sozialisiert.**

Folie 5: Effizienz ist an Versorgungsqualität zu messen.

- **Es ist ein Mythos, dass Private Unternehmen effizienter sein sollen als öffentliche** – mittlerweile gibt es ja eine Menge Erfahrungen und Studien dazu – oft trifft das Gegenteil zu.
- Wir wissen heute, dass sich der **Verkauf von öffentlichen Unternehmen in den meisten Fällen finanziell zu Ungunsten der öffentlichen Hand ausgewirkt hat.** Denn den erzielten Einmalerlösen stehen entgangene Gewinne und Belastungen gegenüber, die schon nach wenigen Jahren in der Gemeinde zum Tragen kommen. **In Österreich wäre es zum Beispiel aus heutiger Sicht in einer rein finanziellen Betrachtung besser gewesen, die Post und die Telekommunikation nicht zu verkaufen.**
- Man darf aber gerade in der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht nur die finanzielle Seite eindimensional als Entscheidungsfaktor betrachten – **Dividenden sind zur Messung von Effizienz in der Daseinsvorsorge falsch und unangebracht.** Privatunternehmen mögen mit Dividenden rechnen – Gemeinden und die öffentliche Hand muss mit der **Qualität der Versorgungsleistungen rechnen – mit dem „Public Value“.**
- Wir wissen, dass das nicht so einfach ist, aber wir haben gelernt, den „Public Value“ bei den BürgerInnen und Bürgern zu erfragen, denn diesen Dialog müssen wir ständig führen. Statt nach der Rendite und dem Aktienkurs fragen wir nach den wesentlichen Kriterien, und diese spiegeln sich alle in der Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger wider. Wir schauen auf eine **gerechte Preisgestaltung**, auf eine **flächendeckende Versorgung** und auf die **Sicherung des Grundrechts auf Versorgung.** Wir kümmern uns um **hohe Versorgungssicherheit**, um die **hohe Umweltstandards** und die hoch **komplexe Integration der Infrastrukturen in die verbundenen Netze.**
- Als eine Stadt, die sich als **„Smart City“** positioniert, ist uns es uns wichtig, dass auch unsere Daseinsvorsorgeleistungen voll und ganz auf **Ressourcenschonung, Lebensqualität und Innovation** ausgerichtet ist. Das sind die wesentlichen Kriterien, woran sich öffentliche Leistungen zu messen haben, und hier vertrauen wir auf öffentliche Leistungen in öffentlicher Hand.

Folie 6: Investitionen benötigen sichere Finanzierung

- Wir wollen auch die finanzielle Seite, für die ich ja in meiner Stadt zuständig und verantwortlich bin, nicht unbeleuchtet lassen. Gerade in **Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise** ist es wichtig, verantwortlich zu handeln und auch hier hat Wien glücklicherweise eine **gute Ausgangsposition**.
- Denn: Wien hat **vor der Krise gespart, als die gute Wirtschaftsleistung noch gute Einnahmen erlaubt hat**. In der Finanzkrise aber hat Wien nicht gespart, denn der damit verbundene Nachfragerückgang wäre unverantwortlich gewesen – im Gegenteil: **Wien hat in der Krise kräftig investiert** – um die lokale Wirtschaft aufrecht zu erhalten, **um Arbeitsplätze zu sichern**, aber auch weil den Investitionen immer Werte gegenüberstehen – Werte, die eine **wachsende Stadt** wie Wien benötigt. Wien hat deshalb **nicht davor zurückgeschreckt, in der Krise auch Schulden** für Investitionen in die Daseinsvorsorge aufzunehmen.
- Allerdings – und das muss man auch sagen – machen es die politischen Rahmenbedingungen nicht gerade leicht, diese konsequente Linie zu verfolgen. Denn **Sparkriterien des europäischen Fiskalpakts sind für die Mitgliedstaaten der Europäischen ein Spardiktat**, das den notwendigen Investitionen entgegensteht. In Österreich wurden diese Vorgaben im sogenannten „**Inner-österreichischen Stabilitäts- und Wachstumspakt**“ umgesetzt, der eigentlich alles andere als ein Wachstumspakt ist.
- Auch der neue zuständige Europäische Kommissar hat diesbezüglich ein zwiespältiges Signal gesendet – einerseits soll investiert werden, andererseits soll die öffentliche Hand aber dafür keine Kredite aufnehmen dürfen. Es sollen also die Unternehmen sein, die die Schulden aufnehmen sollen, und wie ich schon erwähnt habe, sind unsere Erfahrungen mit privaten Investitionen in öffentliche Infrastruktur begrenzt.
- Wien fordert daher, **Investitionen aus den Berechnungen der Defizite auszunehmen**. Nachhaltige Investitionen schaffen Werte und es ist geradezu absurd, Investitionen und Konsumausgaben gleich zu behandeln. **Wien braucht als wachsende Stadt eine wachsende Infrastruktur**. Diese Infrastruktur wird auch von künftigen Generationen genutzt werden und kann daher auch über Schulden finanziert werden.
- Wenn das absolute Verbot der Neuverschuldung bleibt, brauchen wir (unschöne) Alternativen. Wir sind derzeit auf der Suche nach Modellen, die uns neue Formen von Finanzierungsmöglichkeiten erlauben.

Folie 7: Motto WiInvestieren

- Wien wächst **jährlich um etwa 25.000 EinwohnerInnen** – das ist nicht viel im Vergleich zu vielen ganz großen Metropolen der Welt – es ist aber viel im Vergleich zu den Städten Österreichs und Europas und viel, wenn man diesen Menschen jene ausgezeichnete Versorgungsleistungen gewährleistet die man von Wien gewohnt ist.
- Wir wissen von zahlreichen Ökonominen und Ökonomen, aber auch weil es uns die Erfahrung gelehrt hat: **Sparen in der Krise ist kontraproduktiv**, weil sonst der gesamten Wirtschaft droht, dass sie in eine Abwärtsspirale gerät, die sich niemand wünscht.
- Wir wissen auch: Wenn wir **eine Milliarde Euro öffentlich investieren, so können wir etwa 10.000 qualitativ hochwertige Arbeitsplätze sichern** – und die Sicherung von Arbeitsplätzen muss uns ein wichtiges gesellschaftspolitisches Ziel bleiben.
- Wir haben momentan die Situation, **dass alle sparen**:
Die **Unternehmen**, die zu wenig Vertrauen in die Zukunft haben, für die es heute aber auch schwierig ist, von Banken Geld für Kredite zu bekommen. Die **Haushalte** sparen ebenfalls, weil sie die Bedrohung von Arbeitslosigkeit und Armut bereits spüren oder sie schon erleben. Und auch die **Staaten** sparen, und das tun sie, weil es ihnen politisch vorgeschrieben wird. Wenn also alle sparen, wer soll die gesparten Mittel als Schulden aufnehmen? Meine Damen und Herren, das kann in der derzeitigen Lage in Europa nur die öffentliche Hand machen.
- Für Wien ist es aus all diesen Gründen klar: Wien wird weiterhin investieren – in seine Daseinsvorsorge – in die Daseinsvorsorge der Wiener Bürgerinnen und Bürger, denn Wien geht aktiv in die Zukunft und stellt sich den Herausforderungen und das werden wir weiterhin mit Freude und Zuversicht tun.